

Kanzlerauftritt in Davos: Merz als Krisenerscheinung

23 Jan. 2026 19:00 Uhr

Der Auftritt von Bundeskanzler Friedrich Merz in Davos und sein Vorschlag, Grönland vor Russland zu beschützen, zeugt von großer Fassungslosigkeit der gegenwärtigen europäischen Eliten angesichts der Zerstörung des "kollektiven Westens" durch Donald Trump.



Quelle: Gettyimages.ru © Anadolu

Bundeskanzler Friedrich Merz beim Weltwirtschaftsforum in Davos, 22. Januar 2026.

Von Dmitri Jewstafjew

Vor dem Hintergrund des Weltwirtschaftsforums in Davos 2026, das in seiner Form schillernd, inhaltlich jedoch trostlos blieb, stach der Auftritt von Bundeskanzler Friedrich Merz hervor. Das Forum war geprägt von einem Soloauftritt Donald Trumps, dessen zentrales Ergebnis die Bestattung des "kollektiven Westens" war – jenes Akteurs, der noch vor Kurzem die "regelbasierte Weltordnung" aufgebaut hatte. Merz' Rede zeichnete sich durch merkwürdige Unverständlichkeit und ein völliges Verfehlen des Kontexts aus. Kurzum, der Bundeskanzler versuchte trotz der harten Polemik zwischen den europäischen Verbündeten und den USA in Bezug auf Grönland erneut, die "russische Bedrohung" ins Zentrum der euroatlantischen Beziehungen zu rücken. Während Trump unverschämt eben jene euroatlantischen Beziehungen in Davos begrub, betonte Merz die angebliche Notwendigkeit, die euroatlantischen Arktisregionen vor Russland zu schützen.

Einerseits entsteht der Eindruck, dass Merz in irgendeiner Parallelwelt lebt, die immer weniger mit den laufenden politischen Prozessen zu tun hat. Andererseits ist die Lage noch weitaus interessanter.

In jenem Teil seines Auftritts, der Grönland betraf, reproduzierte der Kanzler merkwürdigerweise sämtliche Argumente, wieso Grönland zu einem Teil der USA werden sollte – und zwar gerade die Argumente, die auch Donald Trump nutzt. Die einzige Ausnahme: Merz zog es vor, China als eine Kraft, die angeblich Grönland zu erobern versuche, nicht zu erwähnen, und konzentrierte sich stattdessen auf die "russische Bedrohung".

Dies zeugt nicht so sehr von einer Doppeldenke als vielmehr von einer Dreifachdenke, die der gegenwärtigen Generation von europäischen Politikern zueigen ist – vor allem jenen, die die Schule der euroatlantischen politischen oder wirtschaftlichen Institute durchlaufen haben. Und Friedrich Merz ist einer von ihnen.

Doch bei Merz tritt diese Dreifachdenke – im Gegensatz etwa zu Emmanuel Macron – besonders deutlich in Erscheinung, weil er keine eigene Agenda hat. In gewisser Hinsicht wäre es berechtigt, zu sagen, dass Friedrich Merz eine Krisenerscheinung des Euroatlantismus als Denk- und Wertesystem ist.

Worin besteht also die gegenwärtige europäische Dreifachdenke, die so deutlich in der Causa Grönland zu Tage tritt und die sämtliche Widersprüche des "kollektiven Westens", welche sich seit Jahrzehnten angehäuft haben, an die Oberfläche bringt?

Erstens: Eine fast rituelle Konzentration auf die althergebrachte Politik und politische Stereotypen, die rund um die Idee einer Konfrontation mit Russland aufgebaut sind. Trotz aller Behauptungen, dass Russland ein europäisches Land bleibe und ein Kontakt mit Moskau notwendig sei (was unter anderem von Merz kam), bleibt politische Russophobie die Grundlage der europäischen Politik und Ideologie. Für Deutschland erschwert sich die Lage durch die offenkundige wirtschaftliche Stagnation, die eine direkte Folge ebendieser Russophobie ist. Auf politische Russophobie verzichten können die gegenwärtigen europäischen Eliten nicht. Und zu behaupten, es sei notwendig, die Beziehungen zu Russland wiederherzustellen, ist bloß ein taktischer Propagandazug, der durch keinerlei praktische Aktionen gestützt wird. Davon sprach Russlands Außenminister Sergei Lawrow ausdrücklich. Er erklärte, dass für die Wiederherstellung der Beziehungen zu Moskau schon ein Telefonat genüge.

Zweitens: Ganz offensichtlich spiegeln die widersprüchlichen Aussagen des deutschen Bundeskanzlers die in europäischen politischen Kreisen einsetzende Suche nach einer für Europa nicht erniedrigenden Möglichkeit, Grönland an die USA – also in Wirklichkeit an Donald Trump – abzutreten. Die europäischen Politiker scheinen sich mit dem Gedanken abgefunden zu haben, dass Grönland für Europa verloren ist. Doch eine Abtretung Grönlands muss irgendwie der eigenen Bevölkerung erklärt werden, und zwar nicht nur in Dänemark. Zu viele Europäer übertragen die Lage um Grönland auf ihre eigenen Länder. Und die Euroatlantiker vom Schlage eines Merz scheinen zu meinen, dass die öffentliche Empörung in Grenzen gehalten werden kann, wenn die angebliche Bedrohung einer Eroberung der Insel durch Russland in den Vordergrund gerückt wird.

Drittens: Ein Verständnis von der Ausweglosigkeit in den Beziehungen zwischen Europa und den USA und der Unmöglichkeit, irgendetwas zu ändern. Merz' Auftritt demonstriert von seiner ganzen Erscheinung her die Ratlosigkeit der europäischen Eliten angesichts von Trumps praktisch offener Drohung, die USA aus der Sicherheit des euro-atlantischen Raumes zurückzuziehen. Freilich milderte Trump gegen Ende des Davos-Forums seine Position etwas ab und behauptete, dass er nicht vorhabe, die NATO zu zerstören. Doch die ursprüngliche Angst wird noch lange bleiben.

Gleichzeitig hegen die Euroatlantiker die unverhohlene Hoffnung, Trump trotz allem überdauern zu können. Sie können sich weder Europa noch ihre eigenen Länder ohne Beziehungen zu den USA vorstellen und räumen dabei ein, dass es sich bei diesen einfach um Vasallbeziehungen handeln muss. Der Unterschied besteht nur darin, dass diese Vasallität seitens der EU-Länder nicht so öffentlich und unverblümt demonstriert wurde, wie es Trump tut. Für Merz erschwert sich die Lage dadurch, dass Deutschlands Regierung den Ausweg aus der wirtschaftlichen Stagnation in einem beschleunigten Ausbau der Rüstungsindustrie sieht und sie diesen nur im Falle einer Fortsetzung des Ukraine-Konflikts umsetzen kann. Ohne eine Teilnahme der USA kann aber Europa diesen Konflikt nicht fortsetzen. Der Plan der Euroatlantiker, den Merz zu verkünden scheint, besteht darin, Grönland zu opfern, um die USA als Teilnehmer des Ukraine-Konflikts zu bewahren – bis zu jenem Zeitpunkt, an dem die US-Regierung wechselt.

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Verfasst speziell für "RT" am 23. Januar 2026.

Dmitri Jewstafjew ist ein russischer Politologe und Amerikanist. Er ist Doktor der Politikwissenschaften und lehrt am Institut für Medien der Wirtschaftshochschule Moskau. Jewstafjews Spezialgebiete sind militärpolitische Fragen der nationalen Sicherheit Russlands, der Außen- und der Militärpolitik der USA sowie der regionalen Probleme der Kernwaffen-Nichtverbreitung. Er ist Mitverfasser wissenschaftlicher Monografien und zahlreicher Artikel.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.